



Stadt Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung vom:	Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	Niederschrift zur Sitzung 01.07.2025
--------------------------------	--	---

8. **Altenschuldenhilfe nach dem Altschuldenentlastungsgesetz - ASEG NRW**

Sachverhalt:

Mit dem „Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ASEG NRW)“ hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur anteiligen Entschuldung von Kommunen in Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz – ASEG NRW) vorgelegt. Derzeit befindet sich der Gesetzesentwurf im Beratungsverfahren im Ausschuss für Heimat und Kommunales.

Als kommunale Altschulden im Sinne dieses Gesetzes werden aufgelaufene Kredite zur **Liquiditätssicherung** verstanden, die nicht nur als Mittel zur **vorübergehenden** Sicherung der **Zahlungsfähigkeit** dienen, sondern als Instrument zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt wurden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bis zu 50 Prozent der kommunalen Verbindlichkeiten aus **Liquiditätskrediten** in die Schuld des Landes **übergehen**. Durch die anteilige Entlastung soll die finanzielle **Handlungsfähigkeit** der Kommunen im Interesse der Allgemeinheit gesichert werden.

Die **Gewährung** der Altschuldenentlastung steht u.a. unter der Bedingung, dass zum Stichtag 31.12.2023 **übermäßige** Verbindlichkeiten zur **Liquiditätssicherung** (bereinigt um kurzfristig **verfügbares Finanzvermögen**) bestanden. **Hierfür** wird ein Sockelbetrag von 100 Euro/je Einwohner als nicht **übermäßige** Verbindlichkeit angenommen.

Für die Stadt Niederkassel ergibt sich für den Stichtag 31.12.2023 folgende Berechnung eines Anspruchs auf **Übernahme** von Liquiditätskrediten durch das Land:

Einwohner	Euro	Sockelbetrag (Einwohner x Euro)	Verbindlichkeiten der Stadt Niederkassel zur Liquiditätssicheru	Anspruch Altschulden -entlastung Niederkasse



Stadt Niederkassel

			ng	I
39.424	100	3.942.400 €	999.952 €	0 €

Die **tatsächlich** bestehende Verbindlichkeit zur **Liquiditätssicherung übersteigt** den Sockelbetrag nicht, so dass nach dem derzeitigen Gesetzentwurf voraussichtlich **keine Übernahme** von Altschulden der Stadt Niederkassel durch das Land erfolgen wird.

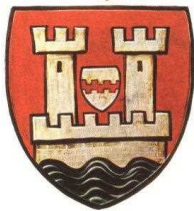
Das Land **unterstützt** mit der **Altschuldenübernahme ausschließlich** Kommunen, die bis zum Ende des Jahres 2023 ein Zahlungsdefizit ausweisen mussten. Dieses Kriterium alleine ist aber kein Signal für eine wirtschaftliche Schieflage einer Kommune. Die aktuelle Haushaltssituation, **außergewöhnlich** hohe Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage in den Folgejahren aufgrund hoher negativer **Jahresfehlbeträge**, bestehende Haushaltssicherungskonzepte, **Überschuldung** oder hohe Belastungen aufgrund bestehender Investitionskredite bleiben bei diesem Verfahren vollkommen **unberücksichtigt**.

Die voraussichtlichen Auswirkungen des Altschuldenentlastungsgesetzes auf die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises lassen sich aus der als Anlage **beigefügten** die Simulationsrechnung vom 18.03.2025 entnehmen. Deutlich wird hierbei, dass die Kommunen, die bei der Altschuldenentlastung voraussichtlich leer ausgehen werden, vorwiegend mit Haushaltssicherungskonzepten und drohender **Überschuldung** konfrontiert sind.

Aufgrund der **günstigen** Zinslage in der Vergangenheit haben einige Kommunen ihre **Investitionsmaßnahmen** mit **günstigen** kurzfristigen **Liquiditätskrediten** finanziert. Diese unterliegen **ausdrücklich** nicht dem Altschuldenentlastungsgesetz. Daher ist davon auszugehen, dass nach der erforderlichen **Prüfung** der **Liquiditätskredite** die ausgewiesenen **Entlastungsbeträge** einiger Kommunen deutlich geringer ausfallen werden.

Eine Antragstellung ist voraussichtlich nur bis zum letzten Tag des dritten Monats nach Inkrafttreten des ASEG NRW **möglich**. Die Antragsberechtigung obliegt **ausschließlich** dem Rat. Um einem **Fristversäumnis** entgegenzuwirken, empfiehlt der **Städte- und Gemeindebund**, einen vorsorglichen Ratsbeschluss **herbeizuführen**, in dem der Hauptverwaltungsbeamte beauftragt wird, den Antrag auf **Übernahme der Altschulden nach dem ASEG NRW** zu stellen.

Für den Fall, dass ggf. eine Anpassung des Gesetzentwurfs erfolgt, der eine Antragstellung für die Stadt Niederkassel zulassen **würde**, ist eine vorsorgliche Beauftragung des **Bürgermeisters** zur Antragstellung



Stadt Niederkassel

ratsam.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass zur Antragstellung weitere Kriterien **erfüllt** sein **müssen** (u.a. Nachweis des festgestellten Jahresabschlusses 2023, Ansatz- und Ausweisprüfung der Verbindlichkeiten durch einen Wirtschaftsprüfer, Saldenbestätigungen der Kreditinstitute).

Protokoll:

Nach kurzer Stellungnahme der **Kämmerin** Schmitz erfolgen keine Wortmeldungen.

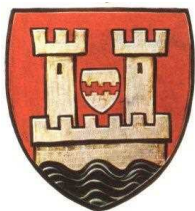
Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss fasst daraufhin folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat, den **Bürgermeister der Stadt Niederkassel bzw. seine Vertretung im Amt** mit der Stellung des Antrages auf Altschuldenhilfe im Rahmen des Altschuldenentlastungsgesetzes (ASEG NRW) zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Partei	Ja	Nein	Ent- haltung	Ein- stimmig
BM (1)				X
CDU (12)				
SPD (3)				
GRÜNE (5)				
FDP (2)				
AfD (1)				
Summe (23+1)				



Stadt Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung
vom:

Rat der Stadt
Niederkassel

Niederschrift zur Sitzung
08.07.2025

19. **Altenschuldenhilfe nach dem Altschuldenentlastungsgesetz - ASEG NRW**

Sachverhalt:

Mit dem „Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ASEG NRW)“ hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur anteiligen Entschuldung von Kommunen in Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz – ASEG NRW) vorgelegt. Derzeit befindet sich der Gesetzesentwurf im Beratungsverfahren im Ausschuss für Heimat und Kommunales.

Als kommunale Altschulden im Sinne dieses Gesetzes werden aufgelaufene Kredite zur **Liquiditätssicherung** verstanden, die nicht nur als Mittel zur **vorübergehenden** Sicherung der **Zahlungsfähigkeit** dienen, sondern als Instrument zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt wurden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bis zu 50 Prozent der kommunalen Verbindlichkeiten aus **Liquiditätskrediten** in die Schuld des Landes **übergehen**. Durch die anteilige Entlastung soll die finanzielle **Handlungsfähigkeit** der Kommunen im Interesse der Allgemeinheit gesichert werden.

Die **Gewährung** der Altschuldenentlastung steht u.a. unter der Bedingung, dass zum Stichtag 31.12.2023 **übermäßige** Verbindlichkeiten zur **Liquiditätssicherung** (bereinigt um kurzfristig verfügbares Finanzvermögen) bestanden. **Hierfür** wird ein Sockelbetrag von 100 Euro/je Einwohner als nicht **übermäßige** Verbindlichkeit angenommen.

Für die Stadt Niederkassel ergibt sich für den Stichtag 31.12.2023 folgende Berechnung eines Anspruchs auf **Übernahme** von Liquiditätskrediten durch das Land:

Einwohner	Euro	Sockelbetrag (Einwohner x Euro)	Verbindlichkeiten der Stadt Niederkassel zur Liquiditätssicheru ng	Anspruch Altschulden- entlastung Niederkasse I
39.424	100	3.942.400 €	999.952 €	0 €



Stadt Niederkassel

Die **tatsächlich** bestehende Verbindlichkeit zur **Liquiditätssicherung übersteigt** den Sockelbetrag nicht, so dass nach dem derzeitigen Gesetzentwurf voraussichtlich **keine Übernahme** von Altschulden der Stadt Niederkassel durch das Land erfolgen wird.

Das Land **unterstützt** mit der **Altschuldenübernahme ausschließlich** Kommunen, die bis zum Ende des Jahres 2023 ein Zahlungsdefizit ausweisen mussten. Dieses Kriterium alleine ist aber kein Signal für eine wirtschaftliche Schieflage einer Kommune. Die aktuelle Haushaltssituation, **außergewöhnlich** hohe Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage in den Folgejahren aufgrund hoher negativer **Jahresfehlbeträge**, bestehende Haushaltssicherungskonzepte, **Überschuldung** oder hohe Belastungen aufgrund bestehender Investitionskredite bleiben bei diesem Verfahren vollkommen **unberücksichtigt**.

Die voraussichtlichen Auswirkungen des Altschuldenentlastungsgesetzes auf die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises lassen sich aus der als Anlage **beigefügten** die Simulationsrechnung vom 18.03.2025 entnehmen. Deutlich wird hierbei, dass die Kommunen, die bei der Altschuldenentlastung voraussichtlich leer ausgehen werden, vorwiegend mit Haushaltssicherungskonzepten und drohender **Überschuldung** konfrontiert sind.

Aufgrund der **günstigen** Zinslage in der Vergangenheit haben einige Kommunen ihre **Investitionsmaßnahmen** mit **günstigen** kurzfristigen **Liquiditätskrediten** finanziert. Diese unterliegen **ausdrücklich** nicht dem Altschuldenentlastungsgesetz. Daher ist davon auszugehen, dass nach der erforderlichen **Prüfung** der **Liquiditätskredite** die ausgewiesenen **Entlastungsbeträge** einiger Kommunen deutlich geringer ausfallen werden.

Eine Antragstellung ist voraussichtlich nur bis zum letzten Tag des dritten Monats nach Inkrafttreten des ASEG NRW **möglich**. Die Antragsberechtigung obliegt **ausschließlich** dem Rat. Um einem **Fristversäumnis** entgegenzuwirken, empfiehlt der **Städte- und Gemeindebund**, einen vorsorglichen Ratsbeschluss **herbeizuführen**, in dem der Hauptverwaltungsbeamte beauftragt wird, den Antrag auf **Übernahme der Altschulden nach dem ASEG NRW** zu stellen.

Für den Fall, dass ggf. eine Anpassung des Gesetzentwurfs erfolgt, der eine Antragstellung für die Stadt Niederkassel zulassen würde, ist eine vorsorgliche Beauftragung des **Bürgermeisters** zur Antragstellung ratsam.



Stadt Niederkassel

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass zur Antragstellung weitere Kriterien **erfüllt** sein **müssen** (u.a. Nachweis des festgestellten Jahresabschlusses 2023, Ansatz- und Ausweisprüfung der Verbindlichkeiten durch einen Wirtschaftsprüfer, Saldenbestätigungen der Kreditinstitute).

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat, den **Bürgermeister der Stadt Niederkassel bzw. seine Vertretung im Amt** mit der Stellung des Antrages auf Altschuldenhilfe im Rahmen des Altschuldenentlastungsgesetzes (ASEG NRW) zu beauftragen.

Ende der Sitzungsvorlage

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung, so dass **Bürgermeister Großgarten** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat, den **Bürgermeister der Stadt Niederkassel bzw. seine Vertretung im Amt** mit der Stellung des Antrages auf Altschuldenhilfe im Rahmen des Altschuldenentlastungsgesetzes (ASEG NRW) zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Partei	Ja	Nein	Ent- haltung	Ein- stimmig
BM (1)	1			X
CDU (17)	17			
SPD (7)	7			
GRÜNE (6)	6			
FDP (3)	3			
BSW (1)	1			
AfD (1)	1			
Fraktionsl os (1)	1			
Summe (36+1)	37			



Stadt
Niederkassel